

Notdürftige Flüchtlingslager in blühende Städte verwandeln

In Basel diskutierten die Finanzpolitiker der eidgenössischen Räte über mögliche Neuausrichtungen der Schweizer Entwicklungshilfe

Von Christian Keller

Basel. Wie umstritten die Ausrichtung der Schweizer Entwicklungshilfe ist, zeigte sich an der Sommersession. Ausserminister Didier Burkhalter (FDP) brachte seinen 11,11-Milliarden-Franken-Kredit für die nächsten vier Jahre zwar durchs Parlament, aufseiten der Bürgerlichen musste er aber harsche Kritik einstecken. Die CVP verlangte die Konzentration der internationalen Zusammenarbeit auf jene Staaten, aus denen die meisten Flüchtlinge in die Schweiz kommen. Exponenten der SVP rügten, die Finanzhilfen in ärmlichen Regionen der Welt seien kontraproduktiv, weil sie die Regierungen nicht zu selbstständigem Handeln zwängen.

Angesichts der anhaltend hohen Asylgesuche bleibt das Thema Entwicklungshilfe ein Dauerpolitikum. Wegen erneut stark steigenden Migrationskosten – im nächsten Jahr sollen die Mehrausgaben 850 Millionen Franken betragen – stehen wieder Kürzungsanträge im Raum. Wird mehr Geld im Inland benötigt, sollen die Investitionen im Ausland entsprechend zurückgefahren werden, lautet die Forderung.

Der Druck auf den Bundesrat ist hoch und die Zeitverhältnisse sind knapp. Doch welche Lösung macht am meisten Sinn? Mit welchen Schwer-



Will eine Auslegeordnung machen. Ständerätin Anita Fetz (SP). Foto Nicole Pont

punkten und Projekten lässt sich die grösste Wirkung erzielen und die Massenflucht Richtung Europa eindämmen? Es sind diese Grundfragen, mit denen sich am letzten Donnerstag und Freitag das traditionelle finanzpolitische Seminar befasste, zu dem sich die Finanzkommissionen von National- und Ständerat einmal jährlich treffen. Anstoss dazu gegeben hatte die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz, die als Präsidentin der Finanzdelegation Inhalt und Ablauf des Seminars festlegte. «Es war mir wichtig, in diesem wichtigen Bereich einmal eine Auslegeordnung vorzunehmen», sagt sie auf Anfrage der BaZ.

Die Sozialdemokratin lud ihre Ratskollegen ins Congress Center nach Basel, um Einschätzungen und Erfahrungen von unterschiedlichsten Fachleuten in der internationalen Entwicklungshilfe zu hören. Unter den eingeladenen Referenten befanden sich laut Fetz bewusst auch gegenüber gängigen Modellen kritische Stimmen.

Dazu zählte etwa Philip Mader, ein Entwicklungswissenschaftler aus Brighton. Er warnte vor dem Trugschluss, dass sogenannte Mikrokredite

als zuverlässiges Rezept bei der Armutsbekämpfung taugten. Vielmehr würden «internationale Finanzakteure» Gewinne einfahren, während die Mikrokredit-Empfänger arm blieben.

Plädoyer für «Camp Citys»

Auch der bekannte deutsche Entwicklungshelfer Kilian Kleinschmidt setzte sich gegenüber den Finanzpolitikern für ein Umdenken ein. Der ehemalige Leiter des zweitgrössten Flüchtlingslagers der Welt, Camp Zaatari in Jordanien, verfolgt eine Vision: Die provisorischen Zelt- oder Containersiedlungen sollen zu funktionierenden Städten ausgebaut werden, die den Migranten Perspektiven bieten. In diesem Zusammenhang müssten Sonderwirtschaftszonen geschaffen werden, wie dies etwa im Nordirak bereits der Fall sei. Dort könnten sich Flüchtlinge ausbilden und einer Arbeit nachgehen.

«Was es braucht, ist nicht eine Gebermentalität, sondern eine Investitionsmentalität», so Kleinschmidt zur BaZ. Die Rolle von Staaten wie der Schweiz müsse es sein, Strukturen zu schaffen, damit die wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen überhaupt

gegeben sind. Ein weiterer Ansatz könne sein, inländische Kapazitäten von Universitäten, Firmen oder Gemeinden mit den Entscheidungsträgern im hilfsbedürftigen Gebiet zusammenzubringen.

Fetz, selber eine Anhängerin der «Camp City»-Vision, spricht bilanzierend von zwei «inspirierenden» Tagen. Die vielen Referate hätten gezeigt, dass die Schweizer Entwicklungsarbeit grundsätzlich gut aufgestellt sei. Trotzdem brauche es Anpassungen. «Es erscheint mir sinnvoll, sich jetzt stärker auf die umliegenden Länder Europas zu fokussieren und mit der Flüchtlingshilfe vor Ort zu kombinieren.» Eines der Hauptprobleme liege darin, dass Hilfgelder vor allem in die Landwirtschaft flossen, nicht aber in die Industrieentwicklung oder in die Infrastruktur. Stabilität sei jedoch die Grundvoraussetzung für Prosperität.

«Klar geworden ist auch, dass Subito-Forderungen nicht viel bringen. Entwicklungshilfe ist enorm komplex. Es gibt keine Patentlösungen. Jeder Fall ist wieder anders. Wollen wir nachhaltig wirken, müssen wir langfristig denken», sagt Fetz.

BaZ, 4. Juli 2016